

Editorial

### BFI-Sparhammer auf Kosten der Schweiz



Vor genau einem Jahr haben wir im National- und Ständerat die Ziele festgelegt, welche die Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitutionen in den Jahren 2017–2020 im Interesse des Fortschritts unseres Landes erfüllen müssen. Gleichzeitig haben wir für die vierjährige Periode die notwendigen Finanzmittel gesprochen, damit die BFI-Akteure die Massnahmen für die Erreichung dieser Ziele auch umsetzen können. Der Finanzierungsrahmen wurde in der BFI-Botschaft moderat erhöht und mit einer entsprechenden Anpassung des Stabilisierungsprogramms 2017–2019 bestätigt.

Nun plant der Bundesrat für das Jahr 2018 jedoch beinahe ein Nullwachstum. Rund 220 Mio. Franken sollen im Bereich Bildung und Forschung gekürzt werden. Für die beiden Folgejahre wurden weitere Sparrunden angekündigt, so dass in dieser BFI-Periode über 600 Mio. Franken weniger in den Wissens- und Forschungsstandort Schweiz sowie in die Ausbildung unserer Nachwuchskräfte investiert würden. Im Wissen darum, dass der Bund in den letzten drei Jahren im Bereich der internationalen Forschung bereits einen Betrag in ähnlicher Grössenordnung einsparen konnte, ist dieser Sparhammer im BFI-Bereich besonders stossend. Wir haben es im Parlament nun in der Hand, den Voranschlag 2018 zu korrigieren und damit den Standort Schweiz zu stärken.

**Anita Fetz,**  
Ständerätin,  
Vorstandsmitglied Politikerteam FUTURE

Voranschlag 2018

### Bundesrat stellt Entscheide des Parlaments auf den Kopf

Mit dem Voranschlag 2018 überwies der Bundesrat Sparmassnahmen im Umfang von fast einer Milliarde Franken an das Parlament. Die Mittel für Bildung und Forschung sollen gegenüber der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation um 220 Millionen Franken gekürzt werden. Für die Jahre 2019 und 2020 wurden bereits Sparrunden in ähnlichem Umfang angekündigt. Diese Pläne des Bundesrates widersprechen den Finanzierungsentscheiden für die Jahre 2017–2020, die National- und Ständerat in der Herbstsession 2016 getroffen hatten.

In der Schweizer Finanzpolitik kommt es zu markanten Verschiebungen. Weil in verschiedenen Bereichen merkliche

Mehrausgaben anstehen, nimmt der Bundesrat im Rahmen des Voranschlags für das Jahr 2018 umfassende Kürzungen der finanziellen Mittel vor. Um ein ausgeglichenes Budget präsentieren zu können, überweist er Sparmassnahmen im Umfang von insgesamt 962 Mio. Franken an das Parlament. Stark betroffen ist der Bereich Bildung und Forschung: Die finanziellen Mittel sollen im 2018 rund 220 Mio. Franken tiefer ausfallen als geplant. Fast 23% des gesamten Sparbetrags gehen zu Lasten von Bildung und Forschung – der Bereich trägt damit den grössten Anteil der Kürzungen. Der Bundesrat will auf Kosten des BFI-Bereichs Spielraum schaffen für die Finanzierung der Armee, der Altersvorsorge und der Nationalstrassen. Betroffen sind insbesondere der

#### Bundesfinanzen im Bereich Bildung, Forschung und Innovation für das Jahr 2018 (in Mio. CHF)

	BFI-Botschaft Entscheide Parlament	Budget 2018	Kürzung
Berufsbildung	946.1	916.2	-29.9
Weiterbildung	6.7	6.5	-0.2
Ausbildungsbeiträge/Stipendien	25.5	24.7	-0.8
ETH-Bereich	2'564.3	2'477.9	-86.4
Grundbeiträge kantonale Universitäten	699.5	678.4	-21.1
Grundbeiträge Fachhochschulen	541.3	525	-16.3
Investitionsbeiträge kantonale Hochschulen	92.1	89.4	-2.7
Projektgebundene Beiträge HFKG	52.1	50.5	-1.6
Internationale Zusammenarbeit Bildung	15.6	5.5	-10.1
Schweizerischer Nationalfonds	978.6	949.2	-29.4
Akademien der Wissenschaften	42	40.7	-1.3
KTI/Innosuisse	238.4	228.9	-9.5
Forschungseinrichtungen	105	101.8	-3.2
Internationale Zusammenarbeit Forschung & Innovation	179.2	183.1	3.9
Andere Bereiche (Ressortforschung usw.)*			-10.8
<b>TOTAL</b>	<b>6'486.4</b>	<b>6'277.8</b>	<b>-219.4</b>

\* Nicht Bestandteil der BFI-Botschaft

ETH-Bereich, der Schweizerische Nationalfonds, die kantonalen Universitäten und Fachhochschulen sowie die Akademien der Wissenschaften. Auch die Berufsbildung ist von den Kürzungen betroffen (siehe Tabelle).

Mit diesen Sparmassnahmen stellt der Bundesrat den wegweisenden Entscheid des Parlaments aus der Herbstsession 2016 auf den Kopf. Vor genau einem Jahr stockten die eidgenössischen Räte die finanziellen Mittel in der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation (BFI) in den Jahren 2017–2020 gezielt und mit Augenmass um 395 Mio. Franken auf. Sie bestätigten diesen Finanzierungsentscheid zudem mit einer Korrektur des Stabilisierungsprogramms 2017–2019. Es resultierte ein durchschnittliches jährliches Mittelwachstum von 2,5%, das den verschiedenen BFI-Akteuren erlaubt, die ambitionierten Ziele

ohne Substanzverluste umzusetzen. Davon bleibt im Jahr 2018 nicht mehr viel übrig: Infolge der Sparmassnahmen stagniert das Wachstum der finanziellen Mittel für Bildung und Forschung bei gerade noch 0,2%. Diese «Stop-and-Go-Politik» stellt die Planungssicherheit der Institutionen in Frage und gefährdet die Umsetzung der strategischen Ziele der Hochschulen und Forschungsinstitutionen.

#### **Der Nachwuchs zahlt die Rechnung**

Als Folge der Sparmassnahmen droht im ETH-Bereich eine Verzögerung des Ausbaus der Kompetenzen in zukunftsweisenden Schwerpunktthemen wie der Energieforschung, der personalisierten Medizin sowie in den Bereichen Big Data und Advanced Manufacturing. Insbesondere wird die Nachwuchsförderung – ein Schwerpunkt der BFI-Botschaft 2017–2020 – geschwächt: Die Budgetkürzungen beim Schweizerischen Nationalfonds wir-

ken sich negativ auf die Erfolgsquoten bei den Projekt- und Karriereförderungen aus; dadurch verdüstern sich vor allem die Zukunftschancen von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. In der Lehre werden den Hochschulen die eingeplanten Mittel fehlen, um ihre Kapazitäten an das nach wie vor anhaltende Wachstum der Studierendenzahlen anzupassen. Die Kürzungen bei den Akademien der Wissenschaften schwächen die Brücke zwischen Wissenschaft und Gesellschaft.

Es ist zu erwarten, dass in den Folgejahren weitere Sparrunden folgen werden. Der Bundesrat hatte im Frühjahr 2017 angekündigt, dass er für die Jahre 2019 und 2020 ähnliche Kürzungen von je rund einer Milliarde plant. In den kommenden Monaten hat das Parlament die Möglichkeit, die Finanzplanung des Bundesrates im Detail zu prüfen. Die Entscheide über das Budget 2018 fallen in der Wintersession.

## **Finanzpolitik des Bundes**

# **Ständerat steht vor wegweisenden Entscheiden**

Werden die Weichen in der Finanzpolitik des Bundes demnächst neu gestellt? Das Parlament berät derzeit verschiedene Möglichkeiten, wie die Ausgaben- und Sparpolitik in Zukunft zu gestalten ist. Der Ständerat entscheidet in der Herbstsession über drei Motionen der nationalrätlichen Finanzkommission (FK-N).

Zum einen steht die Kommissionsmotion «Gebundene Ausgaben reduzieren» zur Diskussion. Mit dem Vorstoss wird der Bundesrat beauftragt, die gebundenen Ausgaben im Bundeshaushalt zu reduzieren. Die Finanzkommission des Ständerates (FK-S) spricht sich mit 8 zu 4 Stimmen – im Einklang mit der Mehrheit des Nationalrates – für eine Annahme der Motion aus. Eine Minderheit der FK-S lehnt die Motion hingegen ab, weil deren Formulierung zu wenig konkret und die Landesregierung in diesem Thema ohnehin schon aktiv geworden sei.

#### **FK-S lehnt Spar-Motion ab**

Die ständerätliche Finanzkommission lehnt die Motion «Änderung von Artikel 18 Absatz 2 Finanzhaushaltsgesetz» hingegen einstimmig ab. Die Motion fordert, dass im Finanzhaushaltsgesetz neu eine Prioritätenordnung für Sparmassnahmen eingesetzt wird. Demnach sollen Kürzungen prioritär in jenen Bereichen vorgenommen werden, die während der letzten fünf Legislaturperioden das stärkste Ausgabenwachstum aufwiesen. Zudem soll der gänzliche Verzicht auf bisherige Ausgaben Querschnittskürzungen vorgezogen werden. Im Gegensatz zur grossen Kammer lehnt die FK-S diese Motion ab, weil ein solcher Systemwechsel die finanzpolitische Handlungsfreiheit von Bundesrat und Parlament unnötig einschränken und die Budgethoheit des Parlaments beschneiden würde.

#### **Zukunft der Schuldenbremse**

Und schliesslich werden die Ständerätinnen und Ständeräte über eine Motion der FK-N beraten, welche eine Aufweichung des bestehenden Systems der Schuldenbremse grundsätzlich untersagen will. Nachdem der Nationalrat dem Vorstoss in der Wintersession 2016 knapp zugestimmt hatte, empfahl auch die FK-S am 16. Januar 2017 mit 7 zu 6 Stimmen eine Annahme. Der Ständerat setzte seinen Entscheid in der Frühlingssession 2017 jedoch aus, damit die Empfehlungen einer vom Bundesrat hierfür eingesetzten Expertenkommission miteinbezogen werden können. Der Ende August publizierte Bericht rät zum momentanen Zeitpunkt von einer Aufweichung der Schuldenbremse ab.

## Erasmus+

## WBK-S: Nach Übergangslösung soll Vollasoziiierung folgen

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) unterstützt einstimmig die Verlängerung der indirekten Schweizer Beteiligung am europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ in den Jahren 2018–2020. Die Kommission stimmte dem vom Bundesrat beantragten Kredit in der Höhe von 114,5 Mio. Franken für die Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung zu. Gleichzeitig betonte die WBK-S jedoch, dass die Teilnahme als Drittstaat lediglich als Übergangslösung gelten kann. Längerfristig bedeute die indirekte Teilnahme an Erasmus+ erhebliche Nachteile für die Schweizer Bildungsinstitutionen und für die Schweizer Jugend. Daher reichte die WBK-S mit 7 zu 2 Stimmen bei einer Ent-

haltung eine Kommissionsmotion ein. Der Vorstoss fordert den Bundesrat auf, schnellstmöglich Verhandlungen mit der Europäischen Union über eine Assoziierung der Schweiz am Nachfolgeprogramm von Erasmus+ ab 2021 aufzunehmen.

### Übergangslösung schränkt ein

Seit 2014 kann sich die Schweiz nur indirekt am europäischen Bildungsprogramm beteiligen. Die EU hatte die laufenden Verhandlungen über die Schweizer Assoziierung infolge der Annahme der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung sistiert. Der Bundesrat stellte daraufhin eine Übergangslösung auf die Beine, mit der die internationale Mobilität von Schweizer Studierenden aufrechterhalten

werden konnte. Mit der Ende 2017 auslaufenden Übergangslösung sind dem Austausch von Schweizer Jugendlichen und Studierenden jedoch Grenzen gesetzt; teilweise wurden bewährte Partnerschaften mit europäischen Universitäten abgebrochen. Auch für die Schweizer Hochschulen hat die indirekte Beteiligung verschiedene Einschränkungen zur Folge: Neben höheren administrativen Aufwänden können sie sich nur noch begrenzt an Projekten der internationalen Bildungszusammenarbeit beteiligen; vom ausser-europäischen Austausch und von internationalen Gremien sind Schweizer Institutionen ganz ausgeschlossen. Das schwächt die Rolle der Schweiz im europäischen Bildungsraum erheblich.

## Rasa-Initiative

## Keine Mehrheit für einen Gegenvorschlag

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK-N) empfiehlt ihrem Rat die Volksinitiative «Raus aus der Sackgasse» (Rasa-Initiative) mit 17 zu 2 Stimmen bei 6 Enthaltungen zur Ablehnung. In der Kommission fand sich keine Mehrheit für einen Gegenvorschlag zum Volksbegehren. Trotzdem hat der Nationalrat in der Herbstsession die Gelegenheit, drei verschiedene Gegenvorschläge zu diskutieren, die jeweils von Minderheiten der SPK-N eingereicht wurden.

1. Eine Minderheit der SPK-N aus dem linken Parteienspektrum will der Rasa-Initiative einen direkten Gegenvorschlag gegenüberstellen, mit dem bei der Steuerung der Zuwanderung auf Kontingente und Höchstzahlen verzichtet würde. Im Gegenzug sollen die Förderung des inländischen Arbeits-

kräftepotentials und flankierende Massnahmen gestärkt werden.

2. Eine Minderheit von Vertreterinnen und Vertretern der Mitteparteien will in die Verfassung schreiben, dass die Zuwanderung im Rahmen der völkerrechtlichen Verpflichtungen und im gesamtwirtschaftlichen Interesse der Schweiz zu steuern sei.
3. Ein dritter Gegenvorschlag kommt von einer Minderheit der SVP-Vertretenen: Sie schlagen vor, den Verfassungsartikel beizubehalten, zusätzlich aber die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU in der Verfassung zu ergänzen.

### Kein Gegenvorschlag vom Bundesrat

Bereits im Frühjahr 2017 hatte der Bundesrat zwei Varianten für einen Gegenvorschlag in die Vernehmlassung geschickt.

Aufgrund der divergierenden und zuweilen negativen Antworten verzichtete die Regierung schliesslich aber darauf, dem Parlament einen direkten Gegenvorschlag zur Rasa-Initiative vorzulegen.

Die Rasa-Initiative verlangt, dass der Verfassungsartikel 121a über die Zuwanderung wieder gestrichen wird. Das Volksbegehren wurde im Jahr 2014 als Reaktion auf die Annahme der Initiative gegen Masseneinwanderung lanciert, welche dem neuen Verfassungsartikel zugrunde liegt. Das Parlament hat bis am 27. April 2018 Zeit, eine Abstimmungsempfehlung zur Rasa-Initiative abzugeben. Sollten sich die beiden Räte auf einen Gegenvorschlag einigen, würde die Umsetzungsfrist um ein weiteres Jahr verlängert.

## IN KÜRZE

### Präsidium der Kammer FH von swissuniversities wiedergewählt

Die Mitglieder der Kammer Fachhochschulen (FH) von swissuniversities haben ihren Präsidenten Crispino Bergamaschi, Direktionspräsident der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), wiedergewählt. Franco Gervasoni, Direktor der Scuola universitaria professionale della Svizzera italiana (SUPSI), wurde in seiner Funktion als Vize-Präsident der Kammer FH bestätigt. Beide wurden für die Amtsperiode 2018–2020 wiedergewählt.

### Beirat «Digitale Transformation» gegründet

Der Bundesrat gründete den Beirat «Digitale Transformation». Das Gremium, das von den Eidgenössischen Departementen WBF und UVEK ins Leben gerufen wurde, soll an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft, Politik, Verwaltung und Wissenschaft operieren. Der Beirat wird wichtige Fragen der Digitalisierung behandeln, beispielsweise die Gewinnung von Talenten, die Schaffung von Clustern, Infrastruktur- und Datenfragen, Cyber Security oder Regulierungspolitik. Lino Guzzella (ETHZ), Martin Vetterli (EPFL) und André Kudelski (Innosuisse) vertreten im Beirat den Bereich Bildung, Forschung und Innovation.

### Eurostars-2 und AAL: Schweiz wieder Vollmitglied

Der Bundesrat genehmigte zwei Abkommen, die der Schweiz erlauben, sich rückwirkend ab Januar 2017 wieder als Vollmitglied an den Forschungs- und Entwicklungsprogrammen Eurostars-2 und Active and Assisted Living (AAL) zu beteiligen. Die Programme sind vor allem für forschungsintensive KMU interessant, die neue Märkte erschliessen wollen. Dank der Genehmigung der Abkommen kann die Schweiz wieder aktiv über die Ausrichtung der beiden Programme mitbestimmen. Dank einer Aufstockung des Schweizer Förderbudgets mit Mitteln aus Horizon 2020 können zusätzliche Projekte mit Schweizer Partnern finanziert werden.

### Schweiz führt Innovationsindex erneut an

Im siebten Jahr in Folge steht die Schweiz an der Spitze des Global Innovation Index. Gefolgt wird sie im Jahr 2017 von Schweden und den Niederlanden. Der Global Innovation Index misst die Innovationsleistung von weltweit über 120 Ländern und wird von der Cornell University, der Wirtschaftshochschule INSEAD und der Weltorganisation für geistiges Eigentum veröffentlicht.

### ETH Zürich in den Top 10 des QS-Rankings

Das QS World University Ranking publizierte die Rangierung der weltweit besten Hochschulen für das Jahr 2018. Mit Platz 10 bleibt die ETH Zürich in den Top 10. Die ETH Lausanne verbessert sich von Rang 14 auf Rang 12. Ebenfalls unter den besten 100 befinden sich die Universitäten Zürich (73) und Genf (98). Zu den besten 200 Hochschulen der Welt gehören die Universitäten Lausanne (146), Basel (149) und Bern (167). Die Universität St. Gallen belegt Platz 372, die Universität Freiburg rangiert im Sektor 501–550.

### Anstieg der F+E-Aufwendungen in der Schweiz

Im Jahr 2015 gab die Schweiz 22,1 Milliarden Franken für Forschung und Entwicklung (F+E) aus. Der Vergleich mit dem Jahr 2012 zeigt, dass die F+E-Aufwendungen anstiegen (+10,5%), besonders im Bereich der Grundlagenforschung (+44%). Rund 70% der F+E-Aktivitäten wurden von Unternehmen in der Schweiz finanziert, 27% von den Hochschulen. Das Bundesamt für Statistik veröffentlichte diese Zahlen in einem aktuellen Bericht.

### EDK revidiert die Interkantonale Universitätsvereinbarung

Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) eröffnete die Vernehmlassung für eine neue Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUV). Künftig sollen die kantonalen Tarife für Studierende, die eine Universität aus-

serhalb ihres Heimatkantons besuchen, auf Basis der effektiven Kosten berechnet werden. Das neue Berechnungssystem ersetzt die Rabatte für Wanderungsverluste und soll eine Erhöhung der Kosten der Kantone von 2,9% zur Folge haben. Die Vernehmlassung für die totalrevidierte IUV läuft bis am 31. Januar 2018.

### Fünf Schweizer Hochschulen in Top 100 des Shanghai-Rankings

Die Universität Shanghai veröffentlichte ihr jährliches Ranking der 500 besten Universitäten der Welt. Fünf Schweizer Hochschulen sind unter den 100 Bestbenoteten des Rankings: Die ETH Zürich nimmt Platz 19 ein, gefolgt von den Universitäten Zürich (58) und Genf (60). Die ETH Lausanne liegt auf Platz 76 und die Universität Basel erreicht Platz 95. Die Universität Bern klassiert sich auf einem Rang zwischen 101 und 151, die Universität Lausanne ist zwischen 151 und 200 platziert. Die Universität Freiburg fügt sich zwischen Rang 401 und 500 ein.

### Esther Kamm ist neue Rektorin der PH Zug

Esther Kamm übernahm das Amt als Rektorin der Pädagogischen Hochschule Zug (PH Zug) per 1. August 2017. Die ausgebildete Sekundarlehrerin, die zuletzt die Abteilung Sekundarstufe I der PH Zürich leitete, war 2016 vom Zuger Regierungsrat ernannt worden. Sie folgt auf die zurückgetretene Brigit Eriksson-Hotz, die nach ihrem Rücktritt als Rektorin weiterhin für die PH Zug arbeiten wird.

#### Impressum

© Netzwerk FUTURE 2017

Münstergasse 64/66, 3011 Bern  
T 031 351 88 46  
info@netzwerk-future.ch  
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel sind unter Quellenangabe erlaubt.